|  |
| --- |
| Verfahrensvermerk Flächennutzungsplan |
| 1. Der Stadtrat / Gemeinderat hat in der Sitzung vom [Datum] gemäß [§ 2 Abs. 1 BauGB](https://www.gesetze-im-internet.de/bbaug/__2.html) die Aufstellung / Änderung des Flächennutzungsplans beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am [Datum] ortsüblich bekannt gemacht. 2. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß [§ 3 Abs. 1 BauGB](https://www.gesetze-im-internet.de/bbaug/__3.html) mit öffentlicher Darlegung und Anhörung für den Vorentwurf des Flächennutzungsplans / der Flächennutzungsplanänderung des in der Fassung vom [Datum] hat in der Zeit vom [Datum] bis [Datum] stattgefunden. 3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß [§ 4 Abs. 1 BauGB](https://www.gesetze-im-internet.de/bbaug/__4.html) für den Vorentwurf des Flächennutzungsplans / der Flächennutzungsplanänderung in der Fassung vom [Datum] hat in der Zeit vom [Datum] bis [Datum] stattgefunden. 4. Zu dem Entwurf des Flächennutzungsplans / der Flächennutzungsplanänderung in der Fassung vom [Datum] wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß [§ 4 Abs. 2 BauGB](https://www.gesetze-im-internet.de/bbaug/__4.html) in der Zeit vom [Datum] bis [Datum] beteiligt. 5. Der Entwurf des Flächennutzungsplans / der Flächennutzungsplanänderung in der Fassung vom [Datum] wurde mit der Begründung gemäß [§ 3 Abs. 2 BauGB](https://www.gesetze-im-internet.de/bbaug/__3.html) in der Zeit vom [Datum] bis [Datum] im Internet veröffentlicht. Zusätzlich zur Veröffentlichung im Internet wurden folgende andere leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeiten vorgehalten (z.B. Lesegeräte) im Rathaus / in der Gemeindeverwaltung, Zimmer [Raumbezeichnung], Anschrift: [Adresse], während folgender Zeiten [Werktage, Stunden]bereitgestellt. Die Unterlagen wurden über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich gemacht. 6. Die Gemeinde / Marktgemeinde / Stadt hat mit Beschluss des Stadtrats/Gemeinderats vom [Datum] den Flächennutzungsplan in der Fassung vom [Datum] festgestellt. Gemeinde / Marktgemeinde / Stadt .............................., den [Datum] (Ober-) Bürgermeister/-in .............................. (Siegel) 7. Die Regierung / Das Landratsamt .............................. hat den Flächennutzungsplan mit Bescheid vom [Datum], AZ ..................... gemäß [§ 6 BauGB](https://www.gesetze-im-internet.de/bbaug/__6.html) genehmigt. Regierung/Landratsamt .............................., den [Datum] Unterzeichner/-in .............................. (Siegel Genehmigungsbehörde) 8. Ausgefertigt Gemeinde / Marktgemeinde / Stadt .............................., den [Datum] (Ober-) Bürgermeister/-in .............................. (Siegel) 9. Die Erteilung der Genehmigung des Flächennutzungsplans wurde am [Datum] gemäß [§ 6 Abs. 5 BauGB](https://www.gesetze-im-internet.de/bbaug/__6.html) ortsüblich bekannt gemacht. Der Flächennutzungsplan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung wird seit diesem Tag zu den üblichen Dienststunden in der Gemeinde zu jedermanns Einsicht bereitgehalten und über dessen Inhalt auf Verlangen Auskunft gegeben. Der Flächennutzungsplan ist damit rechtswirksam. Auf die Rechtsfolgen der [§§ 214](https://www.gesetze-im-internet.de/bgb/__214.html) und [215 BauGB](https://www.gesetze-im-internet.de/bbaug/__215.html) sowie auf die Einsehbarkeit des Flächennutzungsplans einschl. Begründung und Umweltbericht wurde in der Bekanntmachung hingewiesen.   Gemeinde / Marktgemeinde / Stadt .............................., den [Datum] (Ober-) Bürgermeister/-in .............................. (Siegel) |

Anmerkungen:

Es kann auch jeder einzelne Verfahrensabschnitt durch Siegel und Unterschrift gesondert bestätigt werden.   
Die Vermerke 1–3 sind nur erforderlich, wenn der entsprechende Beschluss gefasst wurde.  
Hinweise: Die Verfahrensvermerke sind auf den Ausfertigungen der Bauleitpläne anzubringen.